

# Spielberger Nachrichten

Nummer 52, Jänner 2021  
Zugestellt von Post.at



Gemeindezeitung der KPÖ

## Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

**Die Corona Pandemie hat unser Leben in einem Ausmaß verändert, wie wir es uns noch vor einem Jahr niemals hätten vorstellen können.**

Ausgangssperren, die Schließung von Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen, Gaststätten und Geschäften. Krankenhäuser am Limit ihrer Aufnahmekapazitäten, Spitals- und Pflegepersonal am Rande seiner Belastbarkeit und leider sind auch zahlreiche Todesopfer der Corona Pandemie zu beklagen.

Viele Menschen sind arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen und müssen daher ihr Leben mit viel weniger Einkommen meistern. Viele Gewerbetreibende haben durch den Lockdown existenzbedrohende Einbußen erlitten. Kulturschaffende stehen vor dem Nichts. Die Regierung hat viel versprochen, aber allzu oft kommen die Hilfen zu spät oder gar nicht zu den am meisten Betroffenen.

Wie bei jeder Krise treten nun die Folgen von Fehlentwicklungen und Mängel in einer Gesellschaft offen zu Tage. Nun rächen sich die Kürzungen im Gesundheitsbereich, wie Spitalsschließungen, Bettenreduzierungen und Personalabbau. Nun zeigt sich am Beispiel der Produktionsverlagerung von Medikamenten und Schutzkleidung ins Ausland der Wahnsinn des globalisierten Kapitalismus.

Nun wird klar, wie völlig unzureichend die Nettoersatzrate von 55 % beim Arbeitslosengeld ist. Nun zeigt sich, dass vor allem Frauen die Hauptlast der Krise tragen, im Pflegebereich und bei der Kinderbetreuung. Nun wird deutlich, dass Kinder ärmerer Eltern im Bildungssystem benachteiligt sind. Es zeigt sich aber auch, dass es viele Gewinner gibt die gut an der Krise verdienen und dass die Reichen auch in Krisenzeiten reicher geworden sind.

Viele Menschen sehen besorgt in die Zukunft - und das zu Recht. Gigantische Geldbeträge wurden aufgenommen und es stellt sich die Frage wer die vielen Milliarden zurückzahlen wird. Es droht ein sozialer Kahlschlag. Nach der Krise werden viele Menschen froh sein wieder Arbeit zu haben, das wird die Position der Unternehmer noch mehr stärken. Viele kleine Gewerbetreibende werden auf der Strecke bleiben, Konzerne und Großunternehmen werden noch mächtiger. Welche Auswirkungen werden die verordneten Zwangsmaßnahmen auf unsere künftige Demokratie haben? Das ist nur ein Ausschnitt an Problemen, die sich in den nächsten Jahren stellen werden. Doch wie sich die Zukunft gestalten wird liegt auch in unserer Hand.

*„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen.“*

**Albert Einstein**



**Jede Krise ist auch eine Chance. Damit wir eine gute Zukunft haben ist es dringend notwendig sich für eine Umverteilung des Reichtums und für Abrüstung einzusetzen.**

**Die KPÖ wird - wie auch in der Vergangenheit - immer auf der Seite der arbeitenden Menschen stehen.**



*Wir wünschen allen  
Spielbergerinnen und  
Spielbergern alles Gute  
für 2021, Gesundheit,  
soziale Sicherheit und Frieden!*



**Ihre KPÖ-GemeinderätInnen und die KPÖ-Spielberg  
Erich Wilding und Petra Lorberau**

## **Das Budget der Gemeinde für 2021 im Zeichen der Corona-Krise**

**Das Budget für 2021 wurde unter noch nie dagewesen Rahmenbedingungen erstellt. Die Kosten der Corona-Pandemie sind enorm.**

**Die** Einnahmen der Gemeinde schrumpfen. Bei den Ertragsanteilen sollen heuer vom Bund um rund 550.000 Euro weniger kommen als noch im Jahr 2019. Es gibt nur einen ungenügenden Ersatz für den Einbruch bei den Ertragsanteilen. Die Hilfgelder werden zu einem großen Teil nur in Form zinsenloser Kredite ausbezahlt. Zusätzlich wurden die Gemeinden auch noch mit neuen Aufgaben, wie der Unterstützung der Corona-Massentestungen belastet.

### **Minus von rund 1,66 Mio. Euro**

**Die** Corona-Krise beschert unserer Gemeinde im Ergebnishaushalt ein Minus von rund 1,66 Millionen Euro. Und nicht nur heuer, denn laut mittelfristigem Haushaltsplan wird auch in den kommenden Jahren mit einem Abgang gerechnet.



**Die** Gemeinden bekommen von Bund und Land Zuschüsse für Investitionen, deshalb sind im Budget einige Projekte, vor allem die Kinderkrippe und Straßensanierungen, geplant. Das ist gut, aber

zu wenig an Unterstützung. Denn die Gemeinden müssen einen Teil der Investitionen selbst finanzieren. Das ist besonders für finanzschwache Gemeinden ein großes Problem. So erhöhen sich die Darlehensschulden unserer Gemeinde um rund 1,9 Millionen Euro von rund 9,5 auf 11,4 Millionen Euro.

**Die** Gemeinden brauchen auch Geldmittel um den laufenden Betrieb zu finanzieren. Gibt es hier zu wenig Unterstützung drohen Leistungskürzungen, Gebührenerhöhungen und Personalabbau. Nun werden Milliardenschulden angehäuft und viel zu wenig von dem Geld fließt in die Gemeinden.

**ATB: Weniger Kommunalabgabe**  
**Zusätzlich** zur Corona-Krise muss unsere Gemeinde noch den Einbruch der Kommunalabgabe, der durch den Kahlschlag bei der ATB entstanden ist verkraften. Unsere Gemeinde verliert durch die Kündigungswelle rund 400.000 Euro.

### **Standortwettbewerb**

**Die** Kommunalabgabe fließt in der Standortgemeinde eines Betriebs. Deshalb sind alle Gemeinden bemüht möglichst viele Betriebe in ihr Gemeindegebiet zu locken. Förderungen werden angeboten, Abgaben erlassen, Infrastruktur auf Gemeindekosten errichtet.

**Ohne** Rücksicht welche Auswirkungen einzelne Betriebsansiedelungen auf die ganze Region haben wird um Betriebe geworben. Ein schlechtes Beispiel dafür ist die Arena in Fohnsdorf. Vor den Toren von

Judenburg errichtet, hat sie Auswirkungen auf die ganze Region, wie z.B. an leeren Innenstädten abzulesen ist. Die Kommunalabgabe fließt aber ausschließlich nach Fohnsdorf. Oder Minex: Sollte von diesem Betrieb eine Gefahr ausgehen betrifft das das ganze Murtal. Eine einheitliche Einhebung der Kommunalabgabe und die Verteilung an alle Gemeinden nach einem bestimmten Schlüssel würde den Standortwettbewerb beenden. Auch Einbrüche bei der Kommunalabgabe würden eine einzelne Gemeinde nicht so hart treffen.

### **Weniger Lustbarkeitsabgabe**

**Auch** in Sachen Lustbarkeitsabgabe haben wir in unserer Gemeinde leider eine „Baustelle“. Mit dem mit dem Projekt Spielberg wurde - gegen die Stimme der KPÖ - eine Pauschalabgabe vertraglich festgelegt. In den „fetten Jahren“ hat die Gemeinde auf Millionenbeträge verzichtet, in den „mageren Jahren“ (2020) erfolgte aber vom Projekt Spielberg keine Zahlung. Für heuer sind bei der Lustbarkeitsabgabe nur 300.000 Euro veranschlagt im Gegensatz zu den rund 715.000 im Jahr 2019.

### **Alternativen zum Motorsport suchen**

**Wir** haben nicht nur eine Corona- sondern auch eine Klimakrise. Wie immer man zum Red-Bull-Ring steht, er ist sicherlich kein ökologisches



Leuchtturmprojekt. Wenn man Klimaschutz ernst nimmt, braucht es auch umweltverträgliche Konzepte. Welche Zukunft der Motorsport in einigen Jahren haben wird ist offen. Deshalb müsste schon jetzt nach Alternativen gesucht werden - auch weil es nicht gut ist, wenn eine Region touristisch immer mehr von einem Projekt abhängig ist.

**Die** KPÖ hat das Budget aus Protest gegen die Unterfinanzierung der Gemeinden abgelehnt. Wenn die Gemeinden nicht die nötigen Mittel erhalten droht eine zusätzliche Gefahr: Durch die Abgänge werden die Gemeinden gedrängt werden ihr Gemeindevermögen zu privatisieren.

**Weil** es keine gerechte Besteuerung von Reichtum und Gewinnen gibt, gibt es gigantische Summen von anlagesuchendem Privatkapital, das nur auf den Kauf von Wasserversorgung, Gemeindewohnungen, Stadtwerken oder Gemeindewäldern wartet.



**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding  
Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



## Parkmöglichkeiten schaffen!



Die Gegend um Schönberg ist ein beliebtes Ziel für SpaziergängerInnen. Allerdings fehlen geordnete Parkmöglichkeiten. Die Gemeinde sollte Flächen kaufen oder pachten.

**Wir** haben im Gemeinderat schon vor einiger Zeit auf diese Situation hingewiesen. Leider ist nichts geschehen. Aber spätestens nach den Erfahrungen mit den Parkplätzen bei der Schönberg-Kirche müsste man handeln. Dort waren die Parkplätze auf Grund eines Eigentümerwechsel für kurze Zeit gesperrt. Klare Regelungen wären im Interesse der SpaziergängerInnen und der Eigentümer.

### Aus dem Gemeinderat

#### Behindertengerechter Zugang

Im Rahmen des Tauschs der Schließanlage im Gemeindeamt ist auch vorgesehen die Eingangstüren behindertengerecht umzubauen. Die automatische Türöffnung erfolgt durch einen Taster. Die Kosten belaufen sich auf rund 15.800 Euro.

#### Funkzähler

Künftig wird die Ablesung des Wasserverbrauchs mittels Funkzähler erfolgen. Die bestehenden Zähler werden ausgetauscht wenn ein Zählerwechsel notwendig ist. Die Mehrkosten dieser Zähler hofft man durch die längere Verwendungsdauer und genauere Ablesungen auszugleichen. Nach Montage dieser Zähler wird der Wasserverbrauch automatisch ohne einen Hausbesuch abgelesen.

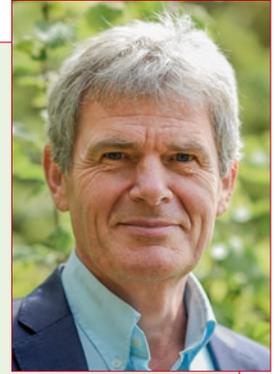
#### Kreisverkehr Playworld

Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen soll im Bereich der Einfahrt zur Playworld ein Kreisverkehr errichtet werden. Es werden auch ein Geh- und Radweg und Busbuchten errichtet. Die Kosten von 620.000 € werden aufgeteilt. Das Land bezahlt 360.000€, die Betreiber 155.000 € und die Gemeinde 105.000 €.

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

### Den Wolf zum Abschuss freigeben?

Der Wolf streift wieder durch unsere Region und die Diskussionen darüber sind mitunter emotional.



Zur Vorgeschichte: In der Steiermark, wie in großen Teilen Europas, wurden die Wölfe über Jahrhunderte brutal gejagt, in die Wälder verdrängt und schließlich ausgerottet. Seit einigen Jahren wandern immer wieder Wölfe durch die Steiermark. Wird ein Schaf oder ein Kalb gerissen, hört man schnell Forderungen Wölfe abzuschießen.

Die Schafzucht erlebt eine Krise, viele Schafbauern und -bäuerinnen haben aufgegeben, die Ursachen dafür liegen an schlechten finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen, der Wolf hat damit wenig zu tun.

In Österreich gibt es ca. 400.000 Schafe, 115.000 davon werden auf Almen und Weiden gehalten. Die 30 - 35 Wölfe die es 2019 in Österreich gab haben in diesem Jahr 103 Schafe gerissen, zum Vergleich: Im selben Jahr starben über 10.000 Schafe durch Abstürze, Steinschlag, Unwetter und Krankheiten. Natürlich ist der Verlust jedes Schafes für die Betroffenen schmerzhaft, andere Gefahren wiegen aber weit schwerer als der Wolf.

Viele Jahre lang wurde Raubbau an der Natur betrieben. Im Interesse der Profitmaximierung wurde die Bewirtschaftung immer intensiver. Luft, Gewässer und Böden wurden belastet und vergiftet, Tiere aus ihrem natürlich Lebensumfeld vertrieben. Das Artensterben hat – auch in Österreich – beunruhigende Ausmaße erreicht. Die Verdrängung des Wolfes ist nur ein Beispiel.

Die Forderung nach Tötung der Wölfe wird auch im Namen des Tierschutzes erhoben um das Reißen von Beutetieren zu verhindern. Wenn ein Wolf ein Tier tötet, dann geschieht dies nach dem Naturprinzip „Fressen und gefressen werden“. Millionenfach werden Tiere in Massentierhaltung, Tiertransporten und Schlachthöfen gequält. Das allerdings entspricht nicht der Natur sondern geschieht zur Maximierung der Gewinne.

Anstatt nach der Tötung von Wölfen zu rufen sollten Landwirte bei Herdenschutzmaßnahmen gefördert und Wolfsrisse entschädigt werden. Die Wölfe, die die Existenz der kleinen Landwirte wirklich gefährden finden sich nicht in den Wäldern, sondern mit der EU-Agrarpolitik in Brüssel und bei den Agrarkonzernen wie Monsanto, Pioneer und Co. die von der Umweltzerstörung profitieren.

Anstatt im Profitinteresse den Wolf wieder verdrängen zu wollen, sollten wir uns darüber freuen, dass ein Stück Natur zurückkommt. Die positive Effekte der Wolfsansiedlung auf die Tierwelt (Tötung von schwachen und kranken Tieren) sind erwiesen. Langfristig werden wir nur eine Zukunft haben wenn die Interessen von Mensch und Natur im Einklang sind, meint Ihr...

...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding  
E-Mail: [erich.wilding@hotmail.com](mailto:erich.wilding@hotmail.com)

## 20 Prozent mehr Eurofighterlärm

Vor den Gemeinderatswahlen haben mehrere SPÖ-Bürgermeister, darunter auch Bgm. Manfred Lenger, in den Medien angekündigt sich gegen die Lärmbelastung durch die Eurofighter wehren zu wollen. Der Knittelfelder Bürgermeister, ausgestattet mit Ohrenschützern, erklärte auf Facebook „So möchte ich in Zukunft am Wochenende nicht auf der Terrasse sitzen – Lärm macht krank.“



**Da** die gesamte Luftraumüberwachung von Zeltweg aus abgewickelt wird, wird damit gerechnet, dass die Flugbelastung um

20 Prozent steigt. Im Gemeinderat wurde eine Resolution beschlossen, es gab ein Treffen mit Vertretern des Bundesheers.

### Murtaler Zeitung:

#### Medienlandschaft wird ärmer

Heuer hat die Murtaler Zeitung, nach über 100 Jahren, ihr Erscheinen eingestellt. Mit dem bereits erfolgten Ende der Obersteirischen Nachrichten gibt es keine traditionellen Regionalzeitungen mehr.

**Während** große Medienkonzerne und Boulevardzeitungen mit hohen Förderungen bedacht werden, kämpfen Regionalmedien seit Jahren ums Überleben. Die Ursachen dafür sind vielschichtig, die Folgen schwer rückgängig zu machen. Mit jeder verschwundenen Zeitung haben es Kultur-, Sport- und andere Vereine, aber auch lokale politische Themen, schwerer in überregionalen Medien ihren Platz zu finden.

**In** Regionalmedien wird auch regionale Geschichte geschrieben. Wer sich heute dafür interessiert was im Murtal vor 50, 80 oder 100 Jahren aktuell war, kann in die Archive der Zeitungen schauen. Diese Möglichkeit werden die Menschen bald nicht mehr haben. Die Medienförderungen müssten so aufgeteilt werden, dass das Überleben von kleineren Regionalzeitungen gesichert werden kann.

## Impfchaos

Seit Monaten hören wir, dass der Ausweg aus der Corona-Krise in der Impfung liegt. Es wurde mit Hochdruck an Impfstoffen geforscht und es war klar, dass es relativ bald einen Impfstoff geben wird.

Die ÖVP/Grün-Regierung hätte viel Zeit gehabt eine wirksame Impfstrategie auszuarbeiten, damit alle Menschen, die sich impfen lassen wollen schnell zur Impfung kommen. Offensichtlich war die Regierung mehr damit beschäftigt medial zu glänzen, wofür auch die Werbeausgaben auf 30 Mio. Euro im Jahr aufgestockt wurden.

**Der** Lärm der Eurofighter war in den letzten Monaten oft extrem, von den hohen Kosten - gerade in Coronazeiten - ganz zu schweigen. Deshalb hat KPÖ-GR Erich Wilding nachgefragt welche Vereinbarungen es mit dem Bundesheer gegeben habe um den Lärm zu reduzieren.

**Der** Bürgermeister antwortete, beim Treffen sei berichtet worden, dass es einen Flugeinsatzplan geben werde. Dieser sei aber noch nicht übermittelt worden. GemeinderätInnen sollen Beschwerden an die Gemeinde weiterleiten, diese werden dann an den zuständigen Kommandanten übermittelt.

**Nur** Beschwerden aus der Bevölkerung an das Bundesheer zu übermitteln ist zu wenig. Mit 20 Prozent mehr Eurofighterlärm wird das Aichfeld noch mehr zur Lärmhölle. Es müssen Initiativen gegen den Lärm gesetzt und vom Verteidigungsministerium konkrete Zusagen erreicht werden. Der Kampf gegen die Lärmbelastung darf nicht nur ein Wahlkampfgegag sein, denn wie richtig festgestellt wurde – Lärm macht krank.

## Fehlende Frauenärzte Erste Lösung

Seit langem gibt es Bemühungen, das Problem der fehlenden Frauenärzte in unserer Region zu lösen. Eine Fohnsdorfer Bürgerin hat 3.500 Unterschriften gesammelt, Landtagspräsidentin Gabriele Kolar hat sich eingesetzt und auch die KPÖ hat diesen Mangel immer wieder zum Thema gemacht.

Nun gibt es am Judenburger Krankenhaus in der gynäkologischen und geburtshilflichen Ambulanz die Möglichkeit für Behandlungen. Das ist sehr erfreulich und entschärft das Problem vieler Frauen zu teuren Wahlärzten gehen zu müssen.

## Verbesserte Beleuchtung



Dass der Zebrastreifen im Bereich Stadlhof mangelhaft beleuchtet ist, darauf haben ÖVP-VizeBgm. Bernd Liebming und die KPÖ mehrmals im Gemeinderat hingewiesen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg hat in dieser Sache auch mit der Baubezirksleitung Kontakt aufgenommen. Die Situation wurde verbessert, ganz ideal ist die Beleuchtung aber immer noch nicht.



**Wir wollen nicht für die Krise bluten,  
und zeigen deshalb schon jetzt die Ruten!**



**Die Corona-Milliarden fließen zu den Großen.  
Die Kleinen warten auf Almosen.  
Wer wird die Corona-Schulden einst bezahlen?  
Ohne **Reichensteuer** drohen uns Höllenqualen!**

**Coronabedingt haben wir unsere  
jährliche Krampusverteilkaktion  
in eine Steckaktion vor den  
Wohnungstüren umgewandelt.**

## Wo bleibt der Ruf nach Vermögenssteuern?

In einer Resolution der Gemeinde an den Bund wurde eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden gefordert. Zusätzlich sollen die Gemeinden Zugang zu den Hilfsprogrammen des Bundes und zur Bundesfinanzierungsagentur erhalten.



**Das** sind vollkommen richtige Forderungen. Was aber viel zu oft vergessen wird sind Forderungen woher das Geld kommen soll.

burg, Zeltweg, Spielberg und Knittelfeld in einer Pressekonferenz auf die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden hingewiesen und völlig zu Recht mehr Geld vom Bund verlangt.

**Leider** hat kein einziger dieser SPÖ-Bürgermeister die Forderung nach einer Reichen- oder einer Erbschaftssteuer für große Vermögen erhoben. Aber wann, wenn nicht jetzt muss man eine höhere Besteuerung von Vermögen, großen Erbschaften oder Konzerngewinnen verlangen?

**Deshalb** hat die KPÖ im Gemeinderat den Zusatzantrag gestellt diese Mittel sollten durch eine höhere Besteuerung von Konzernen, einer Vermögensbesteuerung und einer Erbschaftssteuer für große Erbschaften aufgebracht werden. Dieser Zusatz wurde mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ eingefügt. ÖVP und FPÖ

haben der ganzen Resolution wegen diesem Zusatz die Zustimmung verweigert.

**Es** ist eine Frage der Gerechtigkeit, denn es gibt genug Geld, es ist nur in den falschen Händen. Die Menschen haben ein Recht auf soziale Sicherheit, leistbare Gebühren und ein lebenswertes Umfeld. Kommt es nicht zu einer gerechten Umverteilung ist das alles in Gefahr.

**Damit** die Corona-Pandemie nicht dazu benutzt wird die Lage der arbeitenden Menschen und auch der Gemeinden zu verschlechtern muss die Forderung nach einer Finanzierung der Krise durch Reichtum und Konzerngewinnen auf allen Ebenen lautstark erhoben werden.

## Sparen statt Vermögenssteuer?

**Auch die ÖVP hat zu dieser Resolution einen Zusatzantrag gestellt. So sollte eingefügt werden, dass auch die Gemeinde ihr möglichstes tun wird um im Budget nach Einsparungen zu durchforsten um so zusätzlichen Spielraum für Investitionen zu haben. Die FPÖ stimmte für diesen Zusatz**

**Demnach** soll, wenn es nach ÖVP und FPÖ geht in der Gemeinde gespart, aber die Reichen – die auch in der Corona-Krise immer reicher werden – geschont werden. SPÖ und KPÖ haben diesen Zusatz abgelehnt. Soziale Gemeindepolitik sieht für uns anders aus.

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

## Bis zu 65 Euro „Eintritt“ im Seniorenheim?

Die Coronamaßnahmen sind für die Menschen in Seniorenheimen besonderes hart. Nur ein maximal 20-minütiger Besuch, einmal in der Woche, getrennt durch eine Plexiglaswand sind erlaubt. BesucherInnen müssen auch einen negativen Corona-Test vorweisen.



**Jeder** mit nur einem Funken Mitgefühl kann sich vorstellen wie schlimm das für BewohnerInnen und Angehörige ist. Insbesondere bei Demenz, wo man dem alten Menschen nicht erklären

kann warum plötzlich fast kein Besuch mehr kommt.

**Nun** würde man meinen in dieser Situation wird alles getan um den Besuch zu erleichtern. Leider Fehl-

anzeige. Möglichkeiten für einen Gratistest wurden von der ÖVP/GRÜN-Regierung nicht vorgesehen. BesucherInnen müssen den Test selbst bezahlen und das kann laut Medienberichten bis zu 65 € kosten. Für Menschen mit kleinem Einkommen wird der Besuch im Pflegeheim damit fast unleistbar. Die KPÖ hat daher im Landtag den Antrag gestellt BesucherInnen von Pflegeheimen Gratis-Testmöglichkeiten vor Ort bereitzustellen. Das wurde von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

**Dieses** Beispiel ist ein weiteres Zeugnis für die Abgehobenheit dieser Regierung, der die Selbstdarstellung wichtiger ist als das Ausarbeiten von durchdachten Lösungen. Für jemand mit einem Minister-einkommen von rund 18.000 Euro sind 65 Euro für einen Schnelltest kein Problem. Allein daran zeigt sich dass die Polikergehälter gesenkt werden sollten damit PolitikerInnen den Bezug zum realen Leben der Menschen nicht ganz verlieren.

## Land will 900 Spitalsbetten streichen

Trotz den Erfahrungen der Corona-Krise hält die zuständige ÖVP-Landesrätin Juliane Bogner-Strauß unbeirrt an der Streichung von 900 Spitalsbetten fest. Das wurde im Rahmen einer Dringlichen Anfrage von KPÖ-LAbg. Werner Murgg deutlich.

**Während** des ersten Lockdowns im Frühjahr stellte Landesrätin Bogner-Strauß in Abrede, dass es zu wenig Personal oder zu wenig Betten gibt – diese seien „überflüssige Infrastruktur“. Die aktuelle Situation macht aber deutlich, dass diese Aussagen mitten in einer Pandemie nicht haltbar sind. Denn der zweite Lockdown wurde damit begründet, dass die Kapazitäten unserer Spitäler beinahe erschöpft sind.

**Hätte** die Landesregierung rechtzeitig für ausreichend Personal und Kapazitäten gesorgt, wäre uns viel erspart geblieben. Werner Murgg: „Ich verstehe nicht, wie Sie behaupten konnten, dass es nicht um die Betten gehe. Warum hat man dann das LKH Hörgas wieder aufgemacht? Statt nach dem ersten Lockdown das System aufzurüsten, ist in Wahrheit nichts geschehen!“.

### Wir werden bis auf Blut ausgebeutet

**Jetzt** sind wir mit einer verheerenderen Situation konfrontiert als im ersten Lockdown. Wir lesen von Nachtdiensten, in denen ganze Stationen von einer einzigen Pflegekraft versorgt werden. Das ist unzumutbar. „Wir werden bis aufs Blut ausgebeutet“, „seit Jahren personell ausgehungert“, nicht als Menschen behandelt“ – mit diesen drastischen Schilderungen konfrontierten Beschäftigte der steirischen Spitäler in den letzten Tagen die Politik.



### Unser Gesundheitssystem hat keine Reserven

**Der** Direktor des Uniklinikums in Graz, Wolfgang Köle, bestätigt in einem Zeitungsinterview: „Unser Gesundheitssystem hat keine Reserven, das ist kein Geheimnis.“ Dass die Steiermark bei weitem nicht so gut dasteht, wie es die Landesregierung darstellt, zeigt der Vergleich mit anderen Regionen. Beim Personalstand liegen Österreichs Spitäler mit 6,9 Pflegekräften pro 1.000 Einwohner im OECD-Vergleich im untersten Drittel.

**Obwohl** die Landesregierung an der Behauptung festhält, dass kein Personal verfügbar sei, schildern Pflegerinnen, dass junge Fachkräfte, die sich beworben haben, eine Absage erhielten. Es sei kein Bedarf gegeben, heißt es von Seiten der KAGes. Schon seit dem Frühjahr werden laufend Behandlungen auf unbestimmte Zeit verschoben, in Summe sind davon weit über 10.000 Patientinnen und Patienten betroffen.

**Es braucht eine neue Spitalpolitik in der nicht Einsparungen, sondern das Wohl der Menschen im Mittelpunkt stehen.**

### Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

[www.steinbergerhof.at](http://www.steinbergerhof.at)

## KPÖ-Sozialfonds 2020



**KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-StR. Renate Pacher, KPÖ-GR Josef Meszlenyi und DSA Karin Gruber**

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind liefern sie einen beträchtlichen Teil in den KPÖ-Sozialfonds ab. Für KPÖ-MandatarInnen gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro.

**Mit** den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder in einer Pressekonferenz offen. Auch in der Obersteiermark gibt es den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden.

**Im** Vorjahr kamen viele Menschen zu uns mit denen wir bisher keinen Kontakt hatten und die nie gedacht hätten, dass sie jemals auf Unterstützung angewiesen sein werden. Die gestiegene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit machen es für viele Menschen schwer mit ihrem Einkommen durchzukommen. Die Knittelfelder Stadträtin Renate Pacher forderte die Erhöhung des Arbeitslosengeldes das derzeit nur bei einer Ersatzrate von 55% liegt.

**KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler** berichtete dass sich viele Eltern die Mehrausgaben durch „Home-schooling“ wie z.B. Laptops nicht leisten können. Hier konnte einigen geholfen werden. Erfreulich ist, dass im Landtag der KPÖ-Antrag für das Aussetzen von Strom- und Heizungsabschaltungen angenommen wurde.

## Rettet die Kinder vor den Ratten und der Kälte!



Die Situation in den Flüchtlingslagern auf den Griechischen Inseln ist menschenwürdig. Vor einigen Tagen wurde sogar berichtet, dass Kinder in der Nacht Bisswunden von Ratten erleiden.

**Von** vielen Seiten richten sich Appelle an den Bundeskanzler zumindest 100 Familien in Österreich aufzunehmen. Vergebens, das ist aber nicht nur Hartherzigkeit, sondern vor allem politisches Kalkül. Bundeskanzler Sebastian Kurz geht es vor allem um die WählerInnen der FPÖ. Die haben ihm bei den letzten

## KPÖ-Sozialfonds 2020

### Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2019	69,36 €
Einzahlungen 2020	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 €
<b>Summe</b>	<b>4.749,36 €</b>

Ausgaben:

<b>Für 142 Unterstützungsfälle:</b>	<b>4.740,00 Euro</b>
Saldo: als Plus für 2021	9,36 Euro

### KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 2384 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 127.642,87 Euro unterstützt wurden.

### KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen:  
167.750 Euro für 1.577 Personen.

Seit 1998 wurden von der KPÖ 20.039 Familien und Personen mit einer Gesamtsumme von 2.479.245,18 Euro unterstützt.

**Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat**

**Der** Murtaler KPÖ-Bezirkssekretär Josef Meszlenyi schloss die Pressekonferenz mit einem Ausblick: „Die Arbeitslosenzahlen zeigen dass der KPÖ-Sozialfonds heuer noch wichtiger sein wird. Dank Zuzahlungen von Claudia Klimt-Weithaler können wir unseren Fonds von derzeit 400 € auf 800 € im Monat aufstocken - und wir werden das leider brauchen“.

### Sprechstunde mit Sozialberatung

Leider können wir corona-bedingt derzeit keine Sprechstunde abhalten, trotzdem können wir Hilfestellungen anbieten.

**KPÖ-Knittelfeld**

**03512/ 822 40**

**DSA Karin Gruber**

**0316/877 5101**

Nationalratswahlen zu einem großen Sieg verholfen - und dieses Wählerpotenzial will sich er mit allen Mitteln erhalten - den Preis dafür zahlen die Kinder in Moria. Wo bleiben die christlich-sozialen Werte der ÖVP?

**Langfristig** aber ist nur eine Lösung möglich wenn Kriege beendet werden und die Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive haben. Das neutrale Österreich kann dazu einen Beitrag leisten.

**Die Initiative „Omas gegen rechts“ hat die Petition „Rettet die Menschen vor den Ratten und der Kälte“ gestartet. Die Petition ist auf der Homepage der „Omas gegen rechts“ zu finden.**

## Entwurf Pflegeverordnung: **Noch weniger Personal erlaubt!**



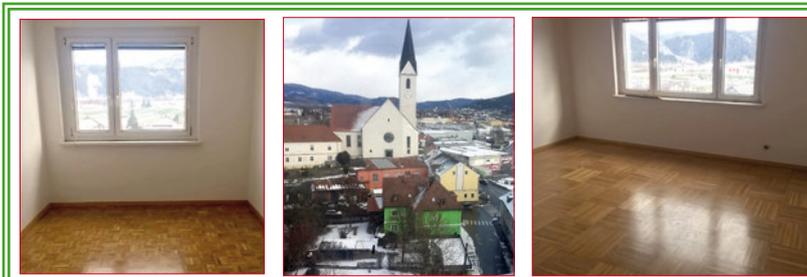
Die ÖVP/SPÖ Landesregierung hat einen Entwurf für eine neue Verordnung über die Personalausstattung in Pflegeheimen (PAVO) vorgelegt.

Diese sieht die Möglichkeit einer **zehnprozentigen(!) Unterschreitung des Personals** vor. Krankenstände sollen erst nach **neun(!) Wochen** Auswirkungen auf die Berechnung des Personalschlüssels haben.

**Dazu** aus der Stellungnahme der Pflegeombud-

schaft: „Daher muss abschließend mit Nachdruck betont werden, dass sich die PatientInnen- und Pflegeombudschaft dezidiert gegen diesen Entwurf ausspricht, da dadurch die Pflegequalität in der Steiermark massiv sinken würde und die Patientensicherheit nicht mehr gewährleistet wäre.“

**Dieser** Entwurf ist ein Hohn auf die Lehren der Corona-Krise und die Nöte von Pflegepersonal und HeimbewohnerInnen. Es braucht nicht weniger sondern mehr Personal in den Heimen. Die KPÖ hat mehrmals den Antrag gestellt den Personalschlüssel in der Steiermark auf das Wiener Niveau anzuheben, das deutlich mehr Pflegepersonal vorschreibt. Die Anträge wurden von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Offensichtlich sind ÖVP und SPÖ der Meinung, dass SteirerInnen weniger Pflege brauchen als Menschen in Wien.



### Wohnung zu vermieten

**Hochhaus in Knittelfeld  
Sandgasse 8, ca. 68 m<sup>2</sup>**

**Anfragen:  
0676/79 96 811**



# MITMACHEN!



*Ändere die Welt - Sie braucht es*

### Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

#### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.*

#### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

### Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen.

**Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



**Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!**

**Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld,  
Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpo.e.knittelfeld@aon.at**